



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Austriacae res.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Austriacae res.



er Novellist Hans Hopfen schickt einer neuen Erzählung eine Widmung an den Maler Franz Defregger voraus, welche in glatten Ottaven abgefaßt und von einem Selbstgefühl erfüllt ist, über dessen Berechtigung wir, mit den Werken des Dichters unbekannt, kein Urtheil haben. Allein er tritt in diesem Falle auch weniger als Dichter denn als „Politiker,“ wie er sich selbst nennt, auf, und in dieser Eigenschaft veranlaßt er uns zu einigen Bemerkungen. Hopfen macht sich Sorgen um Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Tiroler im besondern und der Deutschösterreicher im allgemeinen. Das ist keinem Deutschen zu verübeln. Aber auch einem Dichter ist, wenn er sich in die Politik mischt, anzurathen, daß er sich um die Dinge genau bekümmere, über welche er sprechen will. Das hat nun Hopfen unterlassen, und die Folge ist, daß er der Sache, für welche er gewiß in bester Meinung eintritt, durch die Art, wie er es thut, einen sehr schlechten Dienst erweist.

Defreggers Bild der sogenannten Sendlinger Schlacht giebt dem Dichter den Wunsch ein, alle Österreicher hätten damals bairisch werden sollen, dann stünde jetzt alles besser; und darauf folgt eine Vision: die Eroberung Österreichs durch und für Deutschland.

Wenn ein Dichter aus Baiern durch die Erinnerung an den heldenmüthigen Kampf bairischer Bauern gegen die österreichische Okkupationsarmee im Jahre 1705 in patriotische Begeisterung versetzt wird, so ist das wohl verständlich. Der deutsche Politiker aber sollte sich auch daran erinnern, daß das Unheil über Baiern durch seinen Kurfürsten heraufbeschworen wurde, welcher im Bündnis mit Ludwig XIV. stand. Weiter. Die bairischen Bauern ließen sich

bei Sendling hinschlachten, weil sie nicht kaiserlich werden wollten. Ein Jahrhundert später standen die Tiroler auf, um nicht bairisch zu werden, und auch damals war Baiern der Trabant Frankreichs. Wollte ein Tiroler Poet etwa, an die Schlacht am Isel anknüpfend, den Baiern zurufen: Wäret ihr doch damals österreichisch geworden! so würde Herr Hopfen aller Wahrscheinlichkeit nach entrüstet sein, und doch wäre der eine Wunsch genau soviel wert wie der andre. Eine retrospektive Politik, welche an die schlimmsten Zeiten des deutschen Partikularismus mahnt, scheint auf jeden Fall wenig geeignet, Proselyten zu machen! Versuche er übrigens sein Heil, predige er den Tirolern selbst den Anschluß an Baiern — oder nein, versuche es lieber nicht, wenn ihm seine gesunden Knochen lieb sind! Und vielleicht ein weniger grober, aber gewiß ein nicht weniger deutlicher Bescheid würde ihm werden, wenn er seine Lehre weiter in das Land hineinbringen wollte, so weit Deutsche in Österreich wohnen, von der Etsch bis zum Königsboden, wo die Sachsen so mannhafte ihr Deutschtum verteidigen. Es ist noch nicht so weit gekommen, daß der Deutschösterreicher letzte Hilfe die „Verzweiflung der Poeten“ wäre, und käme es einmal soweit, dann würde diese ihnen auch nicht viel nützen.

So viel Worte um ein politisches Gedicht! Haben doch gereimte Leitartikel heutzutage noch weniger zu bedeuten als die gewöhnlichen ungereimten. In der That würden wir uns nicht dabei aufhalten, wenn nicht Rundgebungen wie diese die deutsche Sache in Österreich schädigten. Seit siebzehn Jahren ermüden die „struppigen Karyatidenhäupter“ nicht, die Deutschen hierzulande als schlechte Österreicher zu verdächtigen. Je mehr sie selbst auf dem Kerbholze haben, desto munterer schwärzen sie diejenigen an, welche niemals über die Grenze geschickt haben und jetzt allein noch den österreichischen Staatsgedanken hochhalten. Das schöne Wort Preußenseuche taucht immer wieder auf und macht, so unglaublich das klingt, noch häufig einen gewissen Eindruck. Es giebt keine deutschen Irredentisten in Österreich, auch jetzt noch nicht, wo die verbündeten Slaven sich herausnehmen dürfen, die Deutschen wie Eindringlinge zu behandeln; wer politischen Verstand hat, muß sich sagen, daß Deutschland für einen neuen Zuwachs an fremdartigen, wenig disziplinierten Elementen, an katholischer Bevölkerung, an Staatsschuld sich höflich bedanken würde; die deutsche Regierung hat keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß sie im eigensten Interesse Österreich groß und stark zu sehen wünscht — thut nichts, ein Rest von Mißtrauen ist noch von 1866 her übriggeblieben. Und nun kommen unsre guten Freunde daher und stoßen in die Trompete, wie zu einem neuen deutschen Kriege!

Wenn Tschechen und Polen aus dergleichen unverständigen Phantasien Kapital zu schlagen suchen, so kann man sie mit Verachtung strafen. Doch es giebt natürliche und hochwichtige Bundesgenossen der deutschen Partei, welche erfahrungsmäßig leicht sehen zu machen sind.

Vor kurzem wußten fremde Zeitungen von einer Liga gegen den Minister Taaffe zu erzählen und wurden dafür von ministeriellen Organen abgeführt. Diesen war die Arbeit bequem gemacht, denn in der That zeugte die Wahl der Namen, welche in jene angebliche Aktion verflochten wurden, von sehr geringer Personenkenntnis. Immerhin lag, wenn die ganze Geschichte erfunden sein sollte, der Erfindung die Wahrheit zu Grunde, daß der Kern des österreichischen Beamtentums und nicht minder die gebildeten Militärkreise durch die jetzige „autonomistische“ Politik, die bald wird eine atomistische genannt werden können, mit ernstlicher Sorge erfüllt werden. Militärische Fachblätter haben bereits wiederholt ihre Bedenken gegen ein System ausgesprochen, welches die eine österreichische Armee in eine Anzahl nationaler Armeen aufzulösen droht; und der entsprechende Vorgang auf dem Gebiete der politischen Verwaltung wird nur von versatilen Strebern als ganz unbedenklich dargestellt. Bei diesen Gegnern der herrschenden Politik spielt die Nationalität eine untergeordnete Rolle, und wenn slawische Blätter glauben machen wollen, lediglich die „deutsche Bürokratie“ im Zivildienst und im Heere mache dem Ministerium stille Opposition, so reden sie gegen besseres Wissen. Die Überzeugung, daß Österreich nicht zu einem Staatenbunde gemacht werden dürfe, bildet eben das Bindeglied zwischen der national-deutschen Partei und der schwarzen, mit welchem Namen wir heute, wo er seine gehässige Bedeutung verloren hat, die Militär- und Zivillbürokraten belegen dürfen. Und die Männer dieser österreichischen oder kaiserlichen Partei sind ebenso mißtrauisch gegen die extremen Parteien im deutschen wie im tschechischen und polnischen Lager; sagt ihnen, sie sollen „preußisch“ werden, und sie werden ein Österreich unter slawischer Führung als das kleinere Übel wählen.

Zu dieser Partei kommt eine dritte, die katholische aus den deutschen Alpenländern, welche bisher mit der slawischen Rechten gegangen ist, aber Wien macht, sich von dieser abzulösen. Sie ist, während man die Schwarzen hauptsächlich im Herrenhause zu suchen hat, im Abgeordnetenhause durch eine Fraktion vertreten, welche nicht groß an Zahl, aber von großer Bedeutung ist, weil sie für die eine oder die andre Seite den Ausschlag geben kann.

Und in dem Verhältnis zu ihr dokumentirt sich wieder die Geringsfügigkeit des politischen Talentes, über welches die leitenden Organe der Verfassungspartei verfügen. Die ebensogut deutschen wie gut katholischen Bauern in Oberösterreich, Salzburg u. s. w. sind die längste Zeit damit einverstanden gewesen, daß ihre Erwählten mit der Rechten stimmten, weil sie von der Linken ihren Glauben bedroht glaubten. Seitdem aber die Tschechen es nicht mehr für nötig halten, ihrem nationalen Fanatismus ein Mäntelchen umzuhängen, die alte Hussitenatur in ihrer ganzen Ungeflachtheit herauskehren, und die Polen so aufrichtig geworden sind (welche Tugend ihnen sonst selten nachgerühmt wurde), zu bekennen, daß sie gut österreichisch seien, so lange in allem ihr Wille geschieht — seitdem ist den Alplern unheimlich zu Mute geworden und haben

ihre Vertreter angefangen, sich unabhängig zu machen. Natürlich setzt die Rechte alle Mittel in Bewegung, um eine förmliche Sezession zu verhüten, während die Blätter der Linken den Schwankenden predigen, es sei ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, sich ihren Stammesgenossen anzuschließen. Daß aber die Linke und deren Blätter jenes Häuflein in die Reihen des Feindes getrieben haben und daß die Bildung einer das gesamte deutsche Element umfassenden Partei ein Ding der Unmöglichkeit ist, solange Deutschtum, politischer und kirchlicher Liberalismus als identisch gelten, das scheinen die Herren noch immer nicht zu begreifen. Und doch ist das Zustandekommen einer solchen Partei die einzige Aussicht des Deutschtums. Früher konnte man an eine Verständigung der Liberalen verschiedener Nationalität glauben; davon ist heute keine Rede mehr. Die Dissidenten unter den Tschechen werden immer wieder unter das Joch der Alttschechen, Feudalen und Klerikalen gezwungen, und — was wichtiger ist — sie sind in den nationalen Fragen womöglich noch verannter und halsstarrer als ihre konservativen Landsleute; und was polnischer Liberalismus bedeutet, das brauchten uns nicht erst die Herren Smolka, Czartoryski und Konforten zu lehren.

Ob die Verfassungstreuen endlich von ihren Feinden lernen werden, die Dinge zu sehen und zu nehmen, wie sie sind? Wir haben wenig Vertrauen dazu. Die Herren haben seinerzeit den Namen Herbstzeitlose sehr übel genommen, zeigen aber immer aufs neue, wie passend derselbe ist. Als nach 1868 eine kleine Partei mit der Forderung auftrat, dem Königreich Galizien eine Sonderstellung einzuräumen, erklärte sich die Mehrheit entschieden dagegen. Setzt, da die Polen beinahe alles, was ihnen Reichbauer damals gewähren wollte, erreicht haben und wahrscheinlich noch vielmehr erreichen werden, taucht jener Gedanke wieder auf. Selbstverständlich wollen die Polen jetzt nichts mehr davon wissen. Sie sind ja ohnehin die Herren in dem Lande, welches jetzt auf Kosten der übrigen Kronländer existirt, und sie geben den Deutschen Gesetze, legen ihnen Steuern auf, strecken die Hände nach Schlessien aus, bekommen ihre eigne Eisenbahnverwaltung und, wenn das Glück ferner gut ist, ihr eignes Heer — was können sie besseres wünschen? Ebenso wurde der Plan, in den Ländern mit gemischter Bevölkerung die Rechte der Nationalitäten gesetzlich zu wahren, vor zwanzig Jahren und später, so lange die Verfassungspartei am Ruder war, abgewiesen; jetzt sucht man ihn hervor, da die Majorität ihn entweder verwerfen oder zum Schaden der Deutschen ausführen wird. Was soll aber dann geschehen? Dann Abstinenz! Noch haben die Besonnenen die Oberhand, welche dieses äußerste Mittel für den äußersten Fall aufgespart wissen wollen. Die Heißsporne der Rechten kündigen an, nicht eher ruhen zu wollen, bis die verhassten Deutschen auf weniger als ein Drittel im Reichsrathe herabgebracht seien, und dann werde man an die Verfassungsrevision gehen. Damit würden freilich die Deutschen vor die Erwägung gestellt werden, ob sie überhaupt noch am

politischen Leben teilnehmen sollten oder nicht, und auch dann würden sie alle Möglichkeiten sehr ernst und nüchtern abzuwägen haben. Die Abstinenzpolitik ist stets eine zweischneidige Waffe. Sieht die Opposition sich einer entschlossenen Regierung gegenüber, so spielt sie ein hohes Spiel. Lange Unthätigkeit hält die beste Truppe nicht ohne Schaden aus, und die Deutschösterreicher haben noch keineswegs bewiesen, daß ihnen stramme Zucht zur andern Natur geworden wäre. Auch ist unter ihren vielen „Führern“ kein Politiker, welcher den Einfluß und das Ansehen eines Kieger, geschweige eines Deak genösse. Das ist gerade bei den jüngsten Verhandlungen über die Frage der Abstinenz aufs neue zu Tage getreten.

Von regierungsfreundlicher Seite sind die Apostel der Abstinenzpolitik darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Austritt der Deutschen denjenigen Recht geben würde, welche behaupten, der Konstitutionalismus passe nicht für Österreich. Daß der Parlamentarismus für dieses Reich noch weniger paßt als für andre Länder, darüber muß man sich schon heute klar sein.



## Der erste wissenschaftliche Sozialist.



is zur Mitte unsers Jahrhunderts hatte sich der Sozialismus auf unwissenschaftlichem Wege entwickelt. Er hatte noch nicht verstanden, sich die unstreitigen positiven Ergebnisse der Volkswirtschaftslehre anzueignen und auf ihnen weiterzubauen. Erst in Proudhons Schriften wurde dies versucht, und was hier wegen der mystischen Auffassungsweise des Verfassers nicht gelang, wurde von Karl Johann Rodbertus erreicht. Indem er die Konsequenzen aus den grundlegenden Lehren Adam Smiths und Ricardos vom Werte zog und fern von den Deklamationen der Franzosen in ruhigem, auf gründliches Studium gestütztem Gedankengange die gesellschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart prüfte, wurde er der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Von da an hörte der Sozialismus auf, eine Utopie zu sein, er wurde zu einer Theorie, einem System. Dieses in seinen Hauptzügen darzustellen, seine Keime in der früheren Literatur nachzuweisen und sie selbst möglichst eingehend zu beleuchten, wird in einer kürzlich erschienenen Schrift versucht, die den Titel führt: Rodbertus, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Eine sozial-ökonomische Studie von Dr. Georg Adler. (Leipzig, Duncker und Humblot, 1884, 90 S.) Da eine zusammenfassende, alles wesentliche hervorhebende Darstellung des Rodbertus'schen